

1) Ihre Position: Sofortige Aufnahme, auch wenn die Kopenhagener Kriterien noch nicht erfüllt sind – ja, nein? Wie lautet Ihre Position zur Forderung, alle Länder des Westbalkans (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien) gemeinsam in die Europäische Union aufzunehmen? Warum stimmen Sie zu/welche Gründe sprechen Ihrer Meinung nach dagegen? (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Die Zukunft der Westbalkanländer wird in der EU liegen. Jedoch müssen wir anerkennen, dass der Integrationsprozess in den Ländern unterschiedlich schnell vorangeht bzw. teilweise sich sogar mehr rückwärts als vorwärts bewegt.

Die Europäische Union bemüht sich seit langem, demokratische Reformen auf dem Westbalkan voranzutreiben. Eines der stärksten Instrumente dazu ist der Beitrittsprozess. Dieser hat sich lange als wirksam erwiesen, um grundlegende Reformen in potenziellen künftigen EU-Mitgliedsländern zu erreichen, ist jedoch auch stark davon abhängig inwieweit ein Land bzw. deren Regierung gewillt ist sich an der EU zu orientieren oder nicht. Leider sehen wir beides am Westbalkan.

Ein positives Beispiel ist hier sicher Nordmazedonien. Durch eine ambitionierte Reformagenda von Premierminister Zaev ist es gelungen, die Kriterien für einen Start der Beitrittsverhandlungen zu erfüllen. Umso frustrierender ist es dann, wenn diese aus nationalistischen Einzelstaatsinteressen blockiert werden.

Auf der anderen Seite haben wir aber auch Beispiele, wo laufend Rechtsstaatlichkeit, freie Medien und Demokratie eingeschränkt werden, bzw. eine vermehrte Orientierung Richtung Russland und China stattfindet. Somit der Weg Richtung Europa ständig länger und nicht kürzer wird.

Dies muss sich dann aber auch in den Beitrittsverhandlungen widerspiegeln. Die EU sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um positive Veränderungen im Westbalkan herbeizuführen, insbesondere in den Bereichen Justiz und Grundrechte. Entwicklungen in die richtige Richtung müssen positiv bestärkt werden, es muss aber auch möglich sein, den Beitrittsprozess rückgängig zu machen, wenn demokratische Rückschritte auftreten. Nur mit gut funktionierenden Beitrittsinstrumenten kann die EU der internationale Akteur bei der Förderung der Demokratie sein, der sie sein will.

2) Ihre Vision: Welche Zukunftsaussichten sehen Sie für die Länder des Westbalkans? Welchen Beitrag können die Länder für die EU leisten? Bitte formulieren Sie Ihre persönliche Botschaft an die Region! (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Die Zukunft der Westbalkanländer hängt sehr stark vom eigenen Willen zur Reform ab. Die EU hat klare Kriterien im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung der Korruption, Sozial- und Klimapolitik festgelegt. Wenn diese erfüllt werden, kann es ganz schnell gehen. Leider werden diese Ambitionen, wie im Fall von Nordmazedonien, aber immer wieder durch

nationalistischen Einzelinteressen torpediert, bzw. gibt es Länder die in diesen Bereichen eher Rückschritte als Fortschritte machen. Wir müssen aber den Beitrittsprozess nutzen um diese Hürde zu überwinden.

Die Westbalkanregion gehört zu Europa, und wird langfristig auch Teil der EU sein. Schon jetzt besteht ein reger Austausch der Region mit dem Rest von Europa. Besonders aus Sicht von Österreich haben wir historisch sehr starke Verbindungen zu den West-Balkan Ländern. Schon jetzt gibt es eine intensive Interaktion mit Familien, die ihre Heimat in der EU bzw. Studierende die Angebote auf europäischen Universitäten nutzen. Unsere Gesellschaft profitiert von diesem personellen und kulturellen Austausch. Die Beitrittsperspektive wird diese Kontakte weiterhin stärken und ein weiteres Heranrücken an die EU weiterhin positiv vorantreiben.

3) Ihr Handlungsspielraum: Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen setzen Sie bzw. planen Sie, um Ihre Positionen hinsichtlich der Westbalkan-Länder auf EU-Ebene zu vertreten? Welche Rolle nehmen Sie persönlich dabei ein? Welche Kontakte in die Region haben Sie? (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Durch meine Funktionen und Aufgaben im Europaparlament habe ich laufend Kontakt mit Politik und Zivilgesellschaft in den Westbalkanländern.

Als Vorsitzender des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses mit Nordmazedonien, Moderator im Jean Monet Dialog und Schattenberichterstatter für die S&D Fraktion für den Kosovo, liegt ein Fokus von mir vor allem auf diesen beiden Ländern.

Die Delegation zum Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Nordmazedonien regelt Beziehungen des Europäischen Parlaments zur Sobranie, dem Parlament der Republik Nordmazedonien. Dabei handelt es sich um ein spezielles Forum, um gewählte Vertreter:innen der Parlamente zusammenzubringen. Im Fokus dabei die bilateralen Beziehungen mit einem Schwerpunkt auf den Fortschritt bei den Beitrittsverhandlungen. Der Ausschuss tagt zweimal im Jahr, einmal in Nordmazedonien und einmal im Europäischen Parlament.

Der Jean Monet Dialog ist ein Instrument, das vom Europäischen Parlament entwickelt wurde um im Bereich der parlamentarischen Mediation und des parlamentarischen Dialogs die lokalen Parlamente zu unterstützen. Als Co-Moderator dieses Prozesses bin ich auch im regelmäßigen Austausch mit den nordmazedonischen Parlamentsfraktionen, um diese bei ihrer Parlamentarischen Arbeit zu unterstützen.

Als Schattenberichterstatter für den Kosovo bin ich dafür zuständig, gemeinsam mit meinen Kolleg:innen der anderen Fraktion regelmäßig eine Evaluierung der Situation im Land vorzunehmen. Dabei wird sowohl die ökonomische, soziale, bildungspolitische, rechtsstaatliche, uvm. Situation analysiert, der Fortschritt in der Adaptierung der EU-Beitrittsvoraussetzungen überprüft, und in einem gemeinsamen Bericht veröffentlicht. Diese Tätigkeit gehen auch lange Stakeholder Prozesse mit Zivilgesellschaft und Politik vor Ort einher.

Durch diese Tätigkeiten bin ich auch regelmäßig in der Region, um direkt mit Politikern wie Premierminister Kurti und Premierminister Zaev über die Situation in deren Ländern zu sprechen. Darüber hinaus gibt es natürlich einen regen Austausch mit meinen Kolleg:innen im EP, die ebenfalls für die Region zuständig sind, und unzählige Meetings mit Delegationen aus der gesamten Westbalkanregion, die wir im Europaparlament empfangen.